

5. Internationale Konferenz zum Thema „Shared/Presentation Audience Script“ 5. bis 6. Dezember 2020 Online-Präsentation

Übersetzung aus dem Englischen: Markus Witt, hochstrittig.org

Hallo und herzlich willkommen

Mein Name ist Catherine MacWillie

Ich bin CEO von Custody Calculations, Calendars & Orders, einer gemeinnützigen Organisation

Ich werde einen Vortrag zum Thema „Wie Ausgleichszeiten und andere Optionen das Familienrecht revolutionieren könnten“ halten. Bevor ich beginne, möchte ich Ihnen folgende Informationen geben: Mein Hintergrund, meine Ausbildung und meine Erfahrung sind die einer Strafverfolgungsbeamtin. Meine Präsentation basiert auf dieser Perspektive.

Ich werde in meiner Präsentation vier Bereiche behandeln. Erstens: Neubewertung und Neubeurteilung. Zweitens: Welche Optionen gibt es und wie würden diese funktionieren? Drittens: Schutz der Eltern-Kind-Beziehung zu beiden Elternteilen. Viertens: Die Finanzkrise der Gerichte – eine Chance für Veränderungen, gefolgt von meinen abschließenden Bemerkungen.

Ein Skript der Präsentation wird mit einer erweiterten Beschreibung und zusätzlichem Material zum besseren Verständnis der verschiedenen Optionen und ihrer Anwendung zur Verfügung gestellt. Anweisungen zum Erhalt des Skripts finden Sie am Ende des Videos. Bitte beachten Sie, dass seit der Präsentation einige Änderungen am Skript vorgenommen wurden. Am auffälligsten ist der Vorschlag, eine Änderung des Ausdrucks „proaktive Durchsetzung“ in „proaktive Intervention/Prävention“ in Betracht zu ziehen, wenn dies für die Gerichte und Scheidungsfachleute in einem bestimmten Bundesstaat oder Land akzeptabler wäre.

Ich habe 38 Jahre Erfahrung im Familienrecht. 24 Jahre war ich als Polizeibeamter beim Los Angeles Police Department tätig, wo ich auf Funkrufe reagierte und mich mit Scheidungen und Sorgerechtsfragen befasste. Ich war als Ersthelfer vor Ort, um Ermittlungen wegen Kindesmissbrauchs und andere spezialisierte Maßnahmen im Bereich des Familienrechts durchzuführen. Seit 14 Jahren bin ich als Berater für Sorgerechtsfragen und Scheidungsscoach für Kunden in den Vereinigten Staaten und international tätig.

Ich habe vor Straf- und Jugendgerichten sowie vor Familien- und Vormundschaftsgerichten, in einigen Bundesstaaten auch als Kindergerichte bekannt, ausgesagt. Während meiner Zeit als Beamter habe ich 10 Jahre lang die Ursachen und Auswirkungen des Familienrechts untersucht. Dabei stellte ich fest, dass Scheidung und Sorgerecht für 25 % aller Straftaten verantwortlich sein könnten: Mord, Selbstmord, Entführung, Kindesmissbrauch, häusliche Gewalt, Verstöße gegen einstweilige Verfügungen, Verstöße gegen Gerichtsbeschlüsse, Stalking und mehr. Um nur eine dieser Zahlen zu verdeutlichen: Das sind 3.500 bis 4.000 Morde pro Jahr, die mit Scheidung und Sorgerecht in Zusammenhang stehen.

Man sagt, der Unterschied zwischen Familienrecht und Strafgericht sei, dass man im Strafgericht schlechte Menschen von ihrer besten Seite sieht, während man im Familienrecht gute Menschen von ihrer schlechtesten Seite sieht.

Nachdem dies gesagt ist, lassen Sie uns beginnen.

Jedes Unternehmen und jeder Einzelne unterliegt in der heutigen Covid-19-Situation mit drastischen Budgetkürzungen und einer kaum funktionierenden Wirtschaft anderen Regeln. Was vor einem Jahr noch undenkbar war, ist nun die neue Normalität, zumindest für die absehbare Zukunft.

Neubewertung und Überprüfung

Dieses schwierige Umfeld könnte eine Gelegenheit sein, Änderungen im Familienrecht vorzunehmen, für die wir zuvor vielleicht nicht offen waren. Änderungen, die uns jetzt zur Verfügung stehen, wenn wir unseren Umgang mit Verstößen gegen gerichtliche Anordnungen neu bewerten und überdenken. Wie wir die Eltern-Kind-Beziehung schützen, wie wir Eltern unterstützen, die sich an gerichtliche Anordnungen halten, im Gegensatz zu denen, die dies nicht tun. Ersetzen Sie das, was in diesem neuen Umfeld möglicherweise nicht so effektiv funktioniert hat, wie wir es brauchen, durch Optionen, die für das Familienrecht, Familien und Kinder von Vorteil sind.

Die Familien sind sicherlich bereit, ohne die emotionalen und finanziellen Belastungen voranzukommen, die Familien manchmal über Generationen hinweg so sehr zerstört haben und die derzeit so weit verbreitet sind. Wir müssen uns nur die schiere Anzahl von Bürgerinitiativen ansehen, die in den letzten Jahren in fast jeder Stadt des Landes entstanden sind und Reformen fordern. Nicht zu vergessen die zahlreichen Internetseiten, Kundgebungen, Bücher und Konferenzen, die ebenfalls Reformen fordern. Auf der anderen Seite des Tisches haben Justizbeamte, Scheidungsfachleute, die AFCC und andere Organisationen seit langem nach Wegen gesucht, um den Scheidungsprozess für Familien mit und ohne Kinder zu verbessern.

Die unbeabsichtigte Folge ist jedoch, dass jedes Jahr neue Gesetze verabschiedet werden und Familien mit immer mehr Regeln und Ressourcen konfrontiert werden. Dies führt dazu, dass Eltern mehr Geld aufwenden müssen, um Teil des Lebens ihrer Kinder zu sein und nicht nur Eltern auf dem Papier zu bleiben. Könnten diese bisher nicht anerkannten Optionen Auswirkungen auf Verstöße gegen gerichtliche Anordnungen haben, bevor und nachdem diese auftreten? Könnten sie dazu beitragen, dass ein Kind mit beiden geeigneten Elternteilen in Verbindung bleibt, unabhängig davon, in welcher Phase des Verfahrens sich die Familie befindet? Könnten dieselben Optionen Auswirkungen auf falsche Vorwürfe des Kindesmissbrauchs haben, die im Familienrecht immer häufiger vorkommen? Könnten wir Familien mit diesen Optionen durch den Scheidungsprozess begleiten und sie stabilisieren?

Sind wir nicht bereit, Eltern zu unterstützen, die sich an die gerichtlichen Anordnungen halten, anstatt die Handlungen der Eltern zu unterstützen, die dies nicht tun? Mit einem Wort: Ja. Damit dies geschehen kann, muss eine frühzeitige, proaktive Durchsetzung greifbar und konsequent sein. Derzeit müssen Eltern, die gegen gerichtliche Anordnungen verstoßen, selten oder gar nicht mit Konsequenzen für ihr Handeln rechnen, selbst wenn der betroffene Elternteil einen Antrag wegen Missachtung des Gerichts [*Anm. des Übersetzers: vergleichbar mit dem deutschen Ordnungsgeldantrag*] stellt. Denn Anträge wegen Missachtung des Gerichts sind selten erfolgreich. Diese Straffreiheit ermutigt den anderen Elternteil, der sich durch die Gerichte geschützt und unterstützt fühlt, nur noch mehr, sein Verhalten zu eskalieren. Wie könnten sie auch anders denken?

In den meisten Bundesstaaten gibt es bei Anträgen wegen Missachtung des Gerichts nur zwei oder drei Optionen: Geldstrafen und Gefängnis, wobei einige wenige Bundesstaaten in bestimmten Fällen eine Kautionsvorsorge vorsehen. Wenn also beispielsweise das Sorgerecht dauerhaft vorenthalten wird, hat dies nicht nur keine Konsequenzen für den Elternteil, der das Sorgerecht vorenthält, sondern es gibt auch fast nie eine Ausgleichszeit für den betroffenen Elternteil, der daran gehindert wird, sein Kind zu sehen.

Ausgleichszeit

Selbst wenn die Gerichte auf Antrag eine Ausgleichszeit gewähren, beträgt diese in der Regel nur einen Bruchteil der verlorenen Zeit. Da die wenigen Tage so weit zwischen den Terminen verteilt sind, haben sie kaum oder gar keine Auswirkungen auf das Verhalten des Elternteils, der das Kind vorenthält, oder auf den benachteiligten Elternteil, dem das Umgangsrecht verweigert wurde. Auch können sie dem Kind nicht vermitteln, dass der Elternteil, der das Kind vorenthält, falsch gehandelt hat.

Fairerweise muss man sagen, dass nur wenige Anträge gestellt werden, in denen eine Nachholzeit in Höhe der verlorenen Sorgerechtszeit beantragt wird, und schon gar nicht wird eine doppelte oder dreifache Nachholzeit beantragt. Selbst wenn im Voraus vereinbart wurde, dass dem betroffenen Elternteil die verlorene Zeit erstattet wird, kommt dies nur selten vor. Wer kooperiert mit Therapeuten, Vormündern oder anderen Fachleuten mit dem Versprechen einer Ausgleichszeit im Sinne des „Kindeswohls“, im Gegensatz zu dem anderen Elternteil, der einfach nach Belieben gegen gerichtliche Anordnungen verstößt?

Meiner Erfahrung nach wird als Grund dafür meist angeführt, dass die angesammelte Zeit so groß geworden ist, dass der andere Elternteil davon negativ betroffen wäre. Warum gilt das Gleiche nicht für den betroffenen Elternteil, dem das Umgangsrecht verweigert wurde?

Perspektive des Kindes

Es gibt noch einen weiteren Aspekt von Anträgen wegen Missachtung, der nicht anerkannt wird, nämlich die Perspektive des Kindes. Jeder Fall einer Verletzung der gerichtlichen Anordnung ohne Konsequenzen verstärkt in den Augen des Kindes den Mangel an Unterstützung und Macht des betroffenen Elternteils. Dies wirkt sich negativ auf die Beziehung des Kindes zum betroffenen Elternteil aus. Das Kind fühlt sich nicht ausreichend geschützt, um eine Beziehung zu beiden geeigneten Elternteilen aufzubauen. Es glaubt, dass der andere Elternteil ihm seine Liebe entziehen wird. Dies sollte in solchen Szenarien berücksichtigt werden und steht in direktem Zusammenhang mit dem Wohl des Kindes. Ich werde darauf gleich noch näher eingehen.

Welche Optionen gibt es und wie würden diese funktionieren?

In diesem ersten Szenario würde der Anwalt statt einer Missachtungsklage einen Antrag stellen, der in Kalifornien als „Request for Orders“ (Antrag auf Anordnung) bekannt ist, wobei die Bedingungen für den Antrag je nach Bundesstaat variieren. Im Wesentlichen wird mit dem Antrag eine bestimmte Maßnahme beantragt, die im Rahmen einer Missachtungsklage nicht möglich wäre. Am Beispiel der Verweigerung würde der Antrag die Anzahl der Vorfälle, Daten und Zeiten auflisten, zu denen der andere Elternteil das Umgangsrecht verweigert hat. Dazu kämen alle weiteren Informationen, die an einem bestimmten Datum aufgetreten sind und von den Gerichten berücksichtigt werden sollten.

Der Antrag würde darlegen, dass der betroffene Elternteil aufgrund der Handlungen des anderen Elternteils die Verdopplung der Nachholzeit für die Zukunft und die Verdopplung der Nachholzeit

für die verlorene Umgangszeit beantragt. Wenn der andere Elternteil nach der Entscheidung weiterhin XX Mal das Umgangsrecht verweigert, würde sich die Nachholzeit auf das Dreifache der verlorenen Zeit erhöhen, um den anderen Elternteil von weiteren Verweigerungen abzuhalten. Ich werde in Kürze auf weitere Optionen in Verbindung mit der Nachholzeit eingehen.

Wenn zum Zeitpunkt der Einreichung des Antrags weitere Verstöße vorliegen, könnten diese ebenfalls berücksichtigt werden. Dazu könnte beispielsweise gehören, dass der betroffene Elternteil nicht mit dem Kind sprechen kann, wenn er anruft, um für jeden Verstoß einen zusätzlichen Tag Umgangsrecht zu beantragen. Die Anzahl der zusätzlichen Umgangstermine würde erhöht, bis es dem betroffenen Elternteil gelingt, bei jedem Anruf mit dem Kind zu sprechen.

Zunehmende Gefährdung bis zum endgültigen Beziehungsabbruch

Der Antrag würde feststellen, dass es im besten Interesse des Kindes liegt, der Beziehung zwischen dem Kind und dem betroffenen Elternteil zusätzliche Zeit zu geben, um die Beziehung zu schützen, da der andere Elternteil diese verhindert. Diese zusätzliche Zeit ist für den betroffenen Elternteil und das Kind notwendig, da die Beziehung sonst ohne diese Möglichkeit immer gefährdeter wird, bis sie schließlich vom anderen Elternteil zerstört wird.

Die Maßnahmen des anderen Elternteils, der den Kontakt verweigerte, zielten genau darauf ab. Die Beziehung zu zerstören. Die Maßnahmen waren vorsätzlich und absichtlich, wie die zahlreichen Fälle von Kontaktverweigerung belegen. Hätte der andere Elternteil die Beziehung zwischen dem betroffenen Elternteil und dem Kind unterstützt, wie so viele Eltern oft sagen, wäre das Umgangsrecht wie vom Gericht angeordnet ausgeübt worden.

Wenn es sich um eine kürzlich erlassene gerichtliche Anordnung handelt, könnte der Antrag darauf hinweisen, dass seit dem Erlass weniger als XX Tage, Wochen oder Monate vergangen sind. Der andere Elternteil hat sich völlig unkooperativ gezeigt. Wenn nichts unternommen wird, wird der andere Elternteil weiter eskalieren, bis es dem Kind und seiner Beziehung zum betroffenen Elternteil schadet. Zumindest verhindert die Vorenthaltung des Umgangsrechts, dass der betroffene Elternteil eine Beziehung zu seinem Kind aufrechterhalten kann.

Wenn es sich um eine außergerichtliche Einigung handelt oder diese vor weniger als XX Tagen, Wochen oder Monaten erzielt wurde, hatte der andere Elternteil nicht die Absicht, zu kooperieren oder die Beziehung zwischen Elternteil und Kind zu unterstützen, was durch den Verstoß gegen gerichtliche Anordnungen durch den anderen Elternteil so kurz nach der Unterzeichnung usw. belegt wird.

Ausgleichszeit nach Ermessen des Elternteils, dem das Umgangsrecht verweigert wurde

Bitte beachten Sie, dass es sehr wichtig ist, dass in dem Antrag festgelegt wird, dass die Ausgleichszeit nach Ermessen des Elternteils festgelegt wird, dem das Umgangsrecht verweigert wurde. Der Antrag bezieht sich auf alle Termine, die für den betroffenen Elternteil nicht verfügbar sind. Dazu können religiöse Feiertage, Muttertag, Geburtstag der Mutter, Vatertag, Geburtstag des Vaters, Geburtstag des Kindes und Familientreffen gehören. Ausgenommen sind Feiertage und der Geburtstag des Kindes, einschließlich, aber nicht beschränkt auf die vom Gericht festgelegten Daten. Damit soll vermieden werden, dass für jeden Verstoß gegen die Umgangsregelung wegen der Nachholzeit erneut vor Gericht gegangen werden muss.

In der mir zur Verfügung stehenden Zeit kann ich nicht auf alle Details der verschiedenen Optionen eingehen, die ich dem Gericht vorschlagen würde. Stattdessen werde ich einen kurzen Überblick über einige Punkte geben und Sie bitten, eine Kopie des Skripts für weitere Details anzufordern.

In Bezug auf den anderen Elternteil, der gegen die gerichtliche Anordnung verstößt, ist es immer das Ziel, die Einhaltung der Anordnung mit möglichst geringen Maßnahmen zu erreichen, um eine weitere Eskalation zu verhindern, die dem Kind und der Eltern-Kind-Beziehung schaden könnte, und um beide Familienverbände im besten Interesse des Kindes zu stabilisieren.

Einzelne Tage zusätzlicher Umgangszeit für jeden Vorfall.

Dies würde für Probleme gelten, wie z. B. die Unmöglichkeit, das Kind gemäß der gerichtlichen Anordnung telefonisch zu kontaktieren. Der Vorschlag an die Gerichte könnte lauten, dass dem betroffenen Elternteil für jeden Tag, an dem ihm das Gespräch mit dem Kind verweigert wird, ein zusätzlicher Tag Umgangszeit zugesprochen wird. Dies würde sich auf zwei oder drei Tage erhöhen, bis der andere Elternteil die gerichtliche Anordnung einhält. Das Gleiche würde für vorzeitige oder verspätete Abholungen und Rückgaben bei Übergaben gelten.

Wie bei allen Optionen und Anträgen an das Gericht in dieser Liste könnte dies mit oder ohne Geldstrafen verbunden sein. Dies hängt davon ab, ob eine Missachtung in Verbindung mit dem Antrag oder nachträglich geltend gemacht wird, worauf ich später in der Präsentation noch einmal eingehen werde.

Verdopplung der Nachholzeit oder Verdopplung der Umgangszeiten für jeden Vorfall

Die Verweigerung des Umgangsrechts während religiöser Feiertage hat eine stärkere emotionale Auswirkung auf das Kind und den betroffenen Elternteil, wenn sie verweigert wird. Der Vorschlag an die Gerichte könnte lauten, die Verdopplung der Nachholzeit zu beantragen und zu beantragen, dass der betroffene Elternteil zwei Jahre in Folge denselben verpassten Feiertag erhält. Der betroffene Elternteil würde tatsächlich drei aufeinanderfolgende Jahre erhalten, da jedes zweite Jahr im dritten Jahr wieder zur Umgangszeit des betroffenen Elternteils wird.

Im Falle einer weiteren Eskalation und der Nichtbefolgung der gerichtlichen Anordnung könnte der Antrag an die Gerichte erneut die doppelte Nachholzeit mit erhöhten Geldstrafen sein, wenn ein Antrag wegen Missachtung des Gerichts zusammen mit dem Antrag oder zu einem späteren Zeitpunkt gestellt wird. Die gleiche Regelung, die für religiöse Feiertage gilt, würde auch für den Geburtstag des Kindes gelten, wenn dem betroffenen Elternteil aus dem gleichen Grund das Umgangsrecht verweigert wird. Denn die Ablehnung hat eine größere emotionale Auswirkung auf das Kind und den betroffenen Elternteil.

Der Vorschlag an die Gerichte würde erneut zwei aufeinanderfolgende Jahre für den Geburtstag des Kindes vorsehen, würde jedoch zu einer dreijährigen Sorgerechtsregelung für den Geburtstag des Kindes zugunsten des betroffenen Elternteils führen. Im Falle einer weiteren Eskalation wie bei den religiösen Feiertagen kann eine zweite Entscheidung über die Verdopplung der Nachholzeit mit erhöhten Geldstrafen usw. getroffen werden. Die Verdopplung der Nachholzeit würde auch für falsche Vorwürfe des Kindesmissbrauchs, falsche Vorwürfe häuslicher Gewalt und falsche einstweilige Verfügungen in einem Antrag an die Gerichte gelten. Der entscheidende Faktor für die Nachholzeit wäre, wenn die Untersuchung unbegründet wäre, d. h. wenn festgestellt würde, dass kein Kindesmissbrauch stattgefunden hat, keine dauerhafte einstweilige Verfügung erlassen wurde, keine Anzeige wegen Kindesmissbrauchs oder häuslicher Gewalt erstattet wurde und/oder keine Verurteilung durch ein Strafgericht erfolgte.

Dreifache Nachholzeit/drei Tage pro Vorfall

Wenn es weiterhin zu einer Eskalation von Vorenthaltungen, falschen Vorwürfen wegen Kindesmissbrauchs, falschen Vorwürfen wegen häuslicher Gewalt und falschen einstweiligen Verfügungen kommt, könnte der Antrag beim Gericht die Nachholzeit auf das Dreifache erhöhen. Bei erhöhten Geldstrafen kann ein Antrag wegen Missachtung des Gerichts zusammen mit dem Antrag oder zu einem späteren Zeitpunkt bis hin zu einer Änderung des Sorgerechts gestellt werden.

Sonstige Probleme, bei denen das Sorgerecht je nach Vorfall variiert

Wenn der andere Elternteil es versäumt, dem betroffenen Elternteil im Voraus Informationen über Termine mitzuteilen und nach dem Termin dem betroffenen Elternteil in dem Antrag an das Gericht Informationen über den Verlauf des Termins zur Verfügung zu stellen, kann dies zu vier zusätzlichen Tagen Umgangsrecht pro Vorfall führen.

Zusätzliche vier Tage Sorgerecht in der Anfrage an das Gericht können für jede falsche, ungenaue oder unvollständige Information an den betroffenen Elternteil über Termine, Namen von Folgeterminen, Kontaktinformationen, Adresse, Telefonnummer des Arztes, Zahnarztes, Psychologen usw. gelten. Dazu gehören auch Aktivitäten, Datum und Uhrzeit von Trainingseinheiten, Spielen, Orte und Mannschaften usw.

Eine weitere Nichtbefolgung eines Antrags beim Gericht könnte dazu führen, dass dem betroffenen Elternteil die alleinige Entscheidungsgewalt über die Angelegenheit(en) übertragen wird, bei der/denen der Elternteil ein Jahr lang die oben genannten Informationen zu einer oder mehreren Angelegenheiten nicht bereitgestellt hat. Bei Bedarf kann dieser Zeitraum auf zwei Jahre oder länger verlängert werden, zusätzlich zu Geldstrafen, wenn zusammen mit dem Antrag oder zu einem späteren Zeitpunkt ein Antrag wegen Missachtung gestellt wurde. Wenn der andere Elternteil es versäumt, den betroffenen Elternteil zu kontaktieren und dessen Zustimmung zu einer Erziehungsfrage im Voraus einzuholen, kann beim Gericht ein Antrag auf fünf zusätzliche Tage Umgangsrecht für jeden Vorfall im Antrag gestellt werden.

Geänderte finanzielle Verantwortung

Eine Eskalation und die Nichtbefolgung der Auflagen könnten auch dazu führen, dass beim Gericht beantragt wird, dass der andere Elternteil die volle finanzielle Verantwortung für diese bestimmte(n) Angelegenheit(en) übernehmen muss. Eine weitere Nichtbefolgung nach den vorherigen Antworten könnte dazu führen, dass beim Gericht beantragt wird, dem betroffenen Elternteil die alleinige Entscheidungsgewalt über die Angelegenheit(en) zu übertragen, zu denen keine Rücksprache stattgefunden hat.

Die Vorenthaltung der Eintrittskarten für die Schulabschlussfeier des Kindes gegenüber dem betroffenen Elternteil ist ein weiterer Bereich. Aufgrund der Schwere dieses Problems, da es in der Regel nur zwei Abschlussfeiern gibt, für die Eintrittskarten erforderlich sind, könnte beim Gericht beantragt werden, dass der betroffene Elternteil alle Eintrittskarten für die nächste Abschlussfeier erhält. Das Gericht könnte eine Eintrittskarte für den anderen Elternteil reservieren, abhängig von dessen Zusammenarbeit mit allen weiteren Anordnungen des Gerichts nach diesem Vorfall. Die Nichteinhaltung weiterer Anordnungen könnte nach Ermessen des Gerichts zum Entzug der einen Eintrittskarte führen.

In dem Fall, dass der andere Elternteil Eintrittskarten für eine Highschool-Abschlussfeier zurückhält, weil das Kind bald volljährig wird, würden die Eintrittskarten für die Abschlussfeiern

weiterer Kinder, sofern vorhanden, dem betroffenen Elternteil zugesprochen, wenn sie für alle Kinder gleichzeitig anstehen, und zwar in einem einzigen Antrag beim Gericht. Dies sollte auch Geldstrafen umfassen, wenn ein Antrag wegen Missachtung des Gerichts zusammen mit dem Antrag oder zu einem späteren Zeitpunkt gestellt wurde.

Fragen im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung

In Fällen, in denen eine Wiedervereinigungsberatung zwischen dem betroffenen Elternteil angeordnet wird, würde der Antrag an das Gericht lauten, dem betroffenen Elternteil die alleinige Entscheidung über die Wahl des Therapeuten für das Kind und sich selbst zu überlassen. So wie es aussieht, würden das Kind und der betroffene Elternteil an der Wiedervereinigungsberatung teilnehmen. Nicht der andere Elternteil.

Der Antrag an das Gericht könnte auch die mangelnde Kooperation des anderen Elternteils beinhalten, einschließlich, aber nicht beschränkt auf: Verzögerung, Absage oder Terminvereinbarung, Nichtzahlung, falls zutreffend, um Dienstleistungen zu verzögern, nicht rechtzeitiges Bringen des Kindes zu den Sitzungen, Entfernen des Kindes aus den Sitzungen usw. Alle Kosten für die Wiedervereinigungsberatung würden allein zu Lasten des behindernden Elternteils gehen.

Das Gleiche würde dann auch für einen Antrag beim Gericht gelten, wenn es zu einer Eskalation und/oder zum Scheitern der ersten Stufe der Wiedervereinigungsberatung zu einer stationären Wiedervereinigungsbehandlung kommt. Der betroffene Elternteil hätte wiederum das alleinige Entscheidungsrecht bei der Wahl des stationären Behandlungsprogramms im Antrag beim Gericht.

Gelingt es nicht, das Kind und den betroffenen Elternteil auf der ersten, einfachsten und kostengünstigsten Behandlungsstufe mit einer Wiedervereinigungsberatung im Antrag an das Gericht wieder zusammenzuführen, würde der andere Elternteil für die gesamten Kosten eines stationären Behandlungsprogramms aufkommen müssen, das in der Regel etwa 4 bis 7 Tage dauert.

Wenn in dem Antrag an das Gericht ein stationäres Wiedervereinigungsprogramm beantragt wird, sollte das Programm nicht auf ein einziges Programm beschränkt sein. Es muss die Möglichkeit bieten, zwischen mehreren Programmen zu wechseln, da die Zeit für Gerichtsverhandlungen die Verfügbarkeit beeinträchtigt und andere unvorhergesehene Probleme auftreten können, um Zeit und Kosten für eine zweite Gerichtsverhandlung zu vermeiden.

Diese Regelungen greifen nicht in die Rechte des Elternteils ein

Ich möchte noch einmal auf zwei weitere Punkte zum Thema falsche Anschuldigungen eingehen. Diese Regelungen greifen nicht in die Rechte der Eltern ein, berechtigte Anschuldigungen wegen Kindesmissbrauchs, häuslicher Gewalt und einstweiligen Verfügungen zu erheben. Was sie jedoch beeinflussen, ist die Möglichkeit der Eltern, immer wieder falsche Anschuldigungen zu erheben und Klagen einzureichen.

Dieser Schritt ist notwendig, weil Strafverfolgungsbehörden, Staatsanwaltschaften, Sozialämter und Gerichte keine Maßnahmen ergreifen, wenn ein Elternteil eine falsche Anschuldigung wegen Kindesmissbrauchs gegen den anderen Elternteil vorbringt, obwohl es in jedem Bundesstaat und in den meisten Ländern weltweit Strafgesetze gibt, die solche Handlungen verbieten. Lassen Sie mich klarstellen, dass ich nicht behaupte, dass Kindesmissbrauch vor, während oder nach einer Scheidung nicht vorkommt. Das tut er durchaus. Ich spreche nur von falschen Anschuldigungen

und falschen einstweiligen Verfügungen, die eingereicht werden, um sich einen Vorteil im Sorgerechtsstreit zu verschaffen.

Ich habe dies vorhin bereits angesprochen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dem Kind die Möglichkeit zu nehmen, den betroffenen Elternteil als weniger stark als den Elternteil zu sehen, der gegen die gerichtliche Anordnung verstößt, um die Beziehung zwischen dem betroffenen Elternteil und dem Kind zu gewährleisten. Dieses Ungleichgewicht entsteht, wenn der andere Elternteil uneingeschränkt Macht und Kontrolle über den betroffenen Elternteil ausüben kann, ohne dass dies Konsequenzen hat, wenn der betroffene Elternteil nicht von Scheidungsfachleuten und/oder Gerichten unterstützt wird, die Optionen in einem Antrag und/oder der Vollstreckung einer Missachtung vor den Augen des Kindes ausüben.

Belohnungen für Fehlverhalten beseitigen

Wir müssen die Verletzung von Gerichtsbeschlüssen wann immer möglich unterbinden und die Belohnungen von Fehlverhalten beseitigen, die dem anderen Elternteil zugutekommen, indem sie durch diese Handlungen das alleinige Sorgerecht ausweiten und erlangen. Noch wichtiger ist, dass frühzeitiges Eingreifen und proaktive Durchsetzung das Kind schützen. Die Beseitigung des finanziellen, emotionalen und langwierigen Prozesses, um Gerichtsbeschlüsse zu erwirken, um das Kind mit dem betroffenen Elternteil wieder zu vereinen, nachdem der Schaden bereits angerichtet ist.

Wenn es weitaus tiefer verwurzelt und weitaus schwieriger, wenn nicht sogar unmöglich ist. Viele Eltern müssen warten, bis ihr Kind längst erwachsen ist, um wieder mit ihm vereint zu werden. Selbst dann gibt es noch keine Garantie. Dies kann an den Kosten liegen, die mit einem stationären Behandlungsprogramm verbunden sind, das für diese Art der Wiedervereinigung sehr teuer ist. Diese Kosten werden selten von der Versicherung übernommen. Oder an der Unmöglichkeit, die für diese Wiedervereinigung erforderlichen Anordnungen zu erwirken, insbesondere wenn die Kinder älter sind.

Wenn Eltern sich bewusst werden

Wenn Eltern, die das Umgangsrecht verweigern, sich bewusst werden, dass das gesamte verlorene Umgangsrecht mit doppelter und/oder sogar dreifacher Höhe zurückgegeben wird und/oder dass zusätzlich zur Nachholzeit Geldstrafen verhängt/erhöht werden können, werden viele Eltern, die sich auf dieses Verhalten einlassen, möglicherweise innehalten, bevor sie den ersten oder zweiten Schritt tun, wenn sie dies überhaupt tun. Aber nur, wenn die Gerichte regelmäßig die doppelte und dreifache Nachholzeit anordnen und gegebenenfalls Geldstrafen verhängen. Und das nicht selten. Andernfalls wird ein Elternteil in hochkonfliktreichen Fällen sozusagen das Risiko eingehen und seine Chance nutzen, wie es so viele Eltern jeden Tag vor Gerichten im ganzen Land erfolgreich getan haben.

Entgegen der landläufigen Meinung zielt eine frühzeitige Intervention oder proaktive Durchsetzung darauf ab, die Beziehung zwischen dem Elternteil, der gegen gerichtliche Anordnungen verstoßen hat, und dem Kind nach Möglichkeit zu schützen, wenn sie im besten Interesse der Kinder ihre Verstöße einstellen.

Einhaltung der gerichtlichen Anordnung

Mit diesem Format könnten die Antworten an die Eltern ohne Vorurteile, bekannte und unbekannte, festgelegt werden. Ein Beispiel hierfür wäre die Bevorzugung eines Geschlechts gegenüber dem anderen usw. Stattdessen würden Entscheidungen auf der Grundlage der

Einhaltung oder Nichteinhaltung gerichtlicher Anordnungen als entscheidendem Faktor getroffen werden und nicht mehr zugunsten des Elternteils, der sich nicht an die gerichtliche Anordnung hält. Vielmehr würde der Elternteil unterstützt, der sich an die gerichtliche Anordnung hält. Wenn gewünscht, kann dies als proaktive Intervention im Gegensatz zu proaktiver Durchsetzung im besten Interesse des Kindes betrachtet und bezeichnet werden.

Die Durchsetzung ist bei jedem gültigen Antrag erforderlich

In der Annahme, dass das Gericht seine bisherige Haltung der geringen bis gar keinen Maßnahmen wieder aufnehmen wird, könnte der andere Elternteil nach der ersten Entscheidung über die Nachholzeit erneut das Umgangsrecht verweigern. Aus diesem Grund muss jeder gültige Antrag jedes Mal unterstützt werden, wenn er gestellt wird. Es wird immer Fälle geben, in denen ein Elternteil nicht ohne Weiteres lernt oder sich gänzlich weigert, den gerichtlichen Anordnungen nachzukommen.

Wenn der Elternteil weiterhin gegen die gerichtliche Anordnung verstößt, hat das Gericht ihm jede Möglichkeit gegeben, sein Verhalten zu ändern, und dieser Elternteil hat sich geweigert, dies zu tun, obwohl er genau wusste, dass er dadurch Zeit mit dem Kind verlieren würde/könnte, und er war dennoch bereit, dies zu tun, um die Beziehung zwischen dem betroffenen Elternteil und dem Kind zu zerstören und das alleinige Sorgerecht zu erhalten.

Missachtung hat Vorrang

Nur zur Erinnerung für Eltern, die sich dessen möglicherweise nicht bewusst sind: Sobald eine Missachtung eingereicht wurde, hat diese Vorrang vor allen anderen Anhörungen. Das bedeutet, dass nichts bezüglich des Antrags oder anderer Anhörungen unternommen wird, bis über die Missachtung entschieden wurde. Dies verzögert andere Gerichtstermine um mehrere Wochen oder sogar Monate. Dieser Zeitrahmen variiert je nach Region und Bundesstaat während der aktuellen Pandemie. Deshalb ist es wichtig, die Reihenfolge des Antrags und der Missachtung festzulegen.

Das Kind muss geschützt werden, um beide Elternteile lieben zu können

Wir müssen durch frühzeitiges Eingreifen und proaktive Durchsetzung zeigen, dass das Kind weiß, dass es beide Elternteile lieben darf und dass diese Position von den Gerichten geschützt und unterstützt wird. Dies steht im Gegensatz zu dem Szenario, dass es nur einen Elternteil lieben und den anderen hassen muss, was von den Gerichten geschützt wird. Dies ist nichts, was das Kind in Worte fassen kann, sondern etwas, das es instinktiv spürt, wenn der andere Elternteil um Macht und Kontrolle über das Kind kämpft.

In Fällen, in denen es zu mehreren Verstößen, Gerichtsterminen und falschen Vorwürfen wegen Kindesmissbrauchs gekommen ist, würde ein Anwalt zusätzlich zum Antrag eine Missachtung einreichen. Ich möchte darauf eingehen, warum die Einreichung eines Antrags wegen Missachtung des Gerichts bald zu ganz anderen Ergebnissen führen könnte als bisher.

Die Gerichte brauchen Geld

Die Gerichte brauchen Geld. Viel Geld. In einem Artikel in Bloomberg Law von der Autorin Keshia Clukey wurde ein Einnahmeausfall von bis zu 350 Milliarden Dollar in 46 Bundesstaaten ermittelt. Gelder, die teilweise durch Anträge wegen Missachtung des Gerichts und Sanktionen im Familienrecht ersetzt werden könnten. Dies wurde kürzlich in einem Schreiben an die Verwaltungsstelle der Gerichte in jedem Bundesstaat und an die Anwaltskammern der Bundesstaaten vorgeschlagen, um deren Unterstützung in dieser Angelegenheit zu erhalten. Eine

Kopie des Schreibens ist als Teil des Präsentationsskripts verfügbar. Wie bereits erwähnt, hat jeder Bundesstaat die Möglichkeit, Geldstrafen zu verhängen. Sie tun es nur nicht. Jetzt müssen sie es vielleicht tun. Ein Schritt, der seit einiger Zeit von einigen Scheidungsfachleuten und Eltern unterstützt wird.

Ohio

In Ohio beginnt ein Verstoß gegen einen Kinderbetreuungsplan mit einer eher allgemeinen Anwendung und geht dann auf die Einzelheiten des „Verstoßes gegen die Besuchsrechtsanordnung“ ein. Der Gesetzestext lautet beispielsweise: 2705.02 (A) Handlungen, die eine Missachtung des Gerichts darstellen, „Ungehorsam gegenüber oder Widerstand gegen eine rechtmäßige Verfügung, ein Verfahren, eine Anordnung, eine Regel, ein Urteil oder einen Befehl eines Gerichts oder Beamten“.

OHIO REV. CODE ANN. 2705.031 Einleitung eines Verfahrens wegen Missachtung des Gerichts aufgrund der Nichtzahlung von Unterhalt oder der Nichteinhaltung einer Besuchsrechtsanordnung.

(B)(2) Strafen für die Durchsetzung von Elternplänen sind in 2705.05 geregelt. Gemäß diesem Abschnitt des Gesetzbuchs ist eine gestaffelte Strafe vorgesehen. Bei einem erstmaligen Verstoß wird eine Geldstrafe von höchstens zweihundertfünfzig Dollar, eine Freiheitsstrafe von höchstens dreißig Tagen oder beides verhängt.

(1) Bei einem erstmaligen Verstoß wird eine Geldstrafe von höchstens zweihundertfünfzig Dollar, eine Freiheitsstrafe von höchstens dreißig Tagen oder beides verhängt.

(2) Bei einer zweiten Straftat eine Geldstrafe von höchstens fünfhundert Dollar, eine Freiheitsstrafe von höchstens sechzig Tagen oder beides;

(3) Bei einer dritten oder weiteren Straftat eine Geldstrafe von höchstens eintausend Dollar, eine Freiheitsstrafe von höchstens neunzig Tagen oder beides. (<http://codes.ohio.gov/orc/2705>).

Wenn ein Elternteil in New York gegen eine gerichtliche Anordnung verstößt, muss er möglicherweise Besuche nachholen, Geldstrafen zahlen oder sogar eine Gefängnisstrafe verbüßen, genau wie in den anderen hier aufgeführten Bundesstaaten.

Beginnen wir mit Texas. Kapitel 157 dient der Durchsetzung. Ein Elternteil kann zur Zahlung einer Geldstrafe, zu einer Gefängnisstrafe und zum Nachholen von Zeit verpflichtet werden, wenn er gegen eine Sorgerechtsanordnung verstößt.

Verstöße gegen eine Elternverfügung „können mit allen zur Vollstreckung eines Urteils verfügbaren Mitteln, einschließlich Missachtung, durchgesetzt werden, sind jedoch nicht als Vertrag durchsetzbar.“ [<https://statutes.capitol.texas.gov/Docs/FA/htm/FA.153.htm>] Darüber hinaus kann eine Partei, die gegen eine familiengerichtliche Anordnung verstößt, sowohl zivil- als auch strafrechtlich belangt werden.

Colorado

In Colorado können Eltern, die sich nicht an eine Elternzeitverfügung halten, mit einer Geldstrafe oder einer Freiheitsstrafe belegt und zur Zahlung einer Kaution verpflichtet werden, um die Einhaltung der vom Gericht angeordneten Elternzeit sicherzustellen. Auch in Florida stehen finanzielle Rechtsbehelfe zur Verfügung. Hier ein Auszug aus den Berufungsgerichten:

„B. Die Nichteinhaltung der Bestimmungen dieser Verfügung und aller derzeit geltenden früheren Verfügungen des Gerichts durch die ehemalige Ehefrau hat zivilrechtliche Sanktionen wegen Missachtung des Gerichts zur Folge, einschließlich Geldstrafen und Freiheitsstrafen.“ [McFatter v. McFatter, 193 So. 3d 1100, 1103 – Fla: Dist. Court of Appeals, 1st Dist. 2016]

COLO. REV. STAT. § 14-10-129.5(2)(c). Das Gericht kann vom Zuwiderhandelnden verlangen, eine Kaution zu hinterlegen, um die künftige Einhaltung sicherzustellen. Und gemäß Abschnitt (e) „Eine Anordnung, die feststellt, dass der Elternteil, der sich nicht an den Umgangsplan gehalten hat, sich der Missachtung des Gerichts schuldig gemacht hat, und die eine Geldstrafe oder Freiheitsstrafe verhängt.“

Das Gesetz legt nicht fest, wie lange die Freiheitsstrafe sein soll. Abschnitt (e.5) legt jedoch fest, dass „eine zivilrechtliche Geldstrafe von höchstens einhundert Dollar pro Vorfall der verweigerten Umgangszeit“ verhängt werden kann. Diese Geldstrafen gehen jedoch, wie in einigen anderen Bundesstaaten, nicht an die andere Partei, sondern an den Staatsschatzmeister, der „sie dem in Abschnitt 13-22-310, C.R.S. geschaffenen Streitbeilegungsfonds gutschreibt“ (Abschnitt 3).

Texas

Texas begrenzt jeden Verstoß auf sechs Monate und 500 Dollar, wobei 180 Tage Haft nicht überschritten werden dürfen. Das Gesetz von South Dakota begrenzt die Geldstrafen auf 1000 Dollar und die Freiheitsstrafen auf drei Tage. Siehe S.D. CODIFIED LAWS § 25-4A-5 (1999).

50 bis 60 Millionen in großen Bundesstaaten

In einigen Bundesstaaten können die verhängten Geldstrafen und Sanktionen bis zu 50 bis 60 Millionen erreichen. In kleineren Bundesstaaten könnten die Einnahmen 20 bis 30 Millionen betragen. Dies ist derzeit die beste Schätzung, wenn man so will. Nun, welche Regierungsbehörde, die Sie kennen, hat jemals Nein zu neuen Einnahmen gesagt? Vor allem bei diesen Zahlen.

Dies ist eine politische Änderung, die in Kürze von Anwaltskammern, Scheidungsfachleuten, Eltern und Organisationen unterstützt werden könnte. Einschließlich der Gerichtsverwaltung, die das Gerichtssystem in jedem Bundesstaat überwacht, was allen zugute kommt.

Die Missachtung würde in dem Wissen erfolgen, dass das Gericht nach einer neuen Politik gerichtliche Anordnungen wahrscheinlich mit Geldstrafen durchsetzen würde und dass die Geldstrafen bei mehreren Verstößen innerhalb derselben Missachtung oder bei neuen Verstößen erhöht werden könnten. Das bleibt abzuwarten, je nach Zeitpunkt der Einreichung. In der Zwischenzeit können die Anträge gestellt werden.

Es könnte notwendig werden, die Geldstrafen zu erhöhen

Es könnte notwendig werden, dass die Gerichte zusätzlich zur Verdreifachung der Nachholzeit in Kombination mit anderen Urteilen die Höhe der Geldstrafen erhöhen, bis das Verhalten mit diesem neuen Verständnis eingedämmt wird. Auf der Grundlage einer Einzelfallprüfung kann das Gericht sogar von Anfang an eine Nachholzeit in dreifacher Höhe der versäumten Zeit und höhere Geldstrafen in Betracht ziehen. Zu Beginn könnten die Gerichte die gerichtlichen Anordnungen aus Gründen der Einnahmenüberwachung übermäßig durchsetzen. Unabhängig davon wäre die Wirkung dieselbe – nämlich dass Kinder und Familien stabilisiert würden. Ein Ergebnis, das für alle gut ist.

Letztendlich

Wenn ein Mandant/Elternteil sein Kind aufgrund der aktuellen Gerichtsbeschlüsse nicht sehen kann, wie würden neue Gerichtsbeschlüsse dann etwas ändern? Skalierungsoptionen/Reaktionen bieten Alternativen, die normalerweise nicht in Betracht gezogen werden oder sogar auf dem Radar der Gerichte sind. Diese Optionen sind weitaus eher akzeptabel als die begrenzten und strengeren Maßnahmen, die normalerweise angestrebt werden. Dabei handelt es sich um Haftstrafen oder eine Änderung des Sorgerechts oder beides. Das Ergebnis ist, dass die Gerichte den Anträgen und Klagen wegen Missachtung stattgeben. Unterbrechung des Prozesses der Entfremdung oder der vorsätzlichen Missachtung, um den betroffenen Elternteil aufgrund einer frühzeitigen proaktiven Durchsetzung verbal oder physisch abzulehnen. Wenn das Kind älter ist, wenn es in das System eintritt, stellt die proaktive Durchsetzung sicher, dass der andere Elternteil keine andere Wahl hat, als sich zu fügen, und somit wird sich auch das Kind fügen.

Maßnahmen vor ihrem Eintreten

Dieser Prozess könnte beschleunigt und erleichtert werden, wenn Anwälte und andere Scheidungsfachleute beginnen würden, doppelte und dreifache Ausgleichszeiten zu beantragen. Dies könnte zusammen mit einer Verlängerung der Sorgerechtszeiten und gegebenenfalls Geldstrafen Teil vorläufiger, endgültiger und neuer Gerichtsbeschlüsse sein, um die proaktive Durchsetzung und Einmischung in die Zerrüttung der Eltern-Kind-Beziehung und die Destabilisierung der beiden Familieneinheiten zu verbessern.

Die Reaktionsmöglichkeiten würden zunächst für beide Parteien gelten, wobei für beide die gleichen Regeln gelten würden, bis es notwendig wird, den anderen Elternteil und den betroffenen Elternteil zu identifizieren. Das Ziel ist es, die Einhaltung und Akzeptanz dieser Bestimmungen mit Hilfe der Gerichte und in Vergleichsbeschlüssen durch alle Eltern zu erleichtern.

Familien aus dem Elternsein ausschließen

Mit unserer derzeitigen Konfiguration verbieten wir Familien buchstäblich, sich aktiv am Leben ihrer Kinder zu beteiligen. Eine proaktive Durchsetzung könnte eine Alternative zu diesem Szenario sein und in Kombination mit den diskutierten Optionen Familien und Kinder während und nach einer Scheidung schützen, was uns bisher nicht gelungen ist.

Emotionen zügeln, falsche Anschuldigungen reduzieren usw.

Diese Optionen haben das Potenzial, die Emotionen zu zügeln, die durch die immer weiter eskalierenden Verstöße gegen Gerichtsbeschlüsse verursacht werden. Reduzierung falscher Vorwürfe wegen Kindesmissbrauchs. Reduzierung der Nebenwirkungen auf Schulen und Unternehmen, einschließlich, aber nicht beschränkt auf geringfügige Vergehen, Vergehen und Straftaten. Am wichtigsten ist es, die psychische Gesundheit und Entwicklung des Kindes zu schützen und ihm die Möglichkeit zu geben, während des Scheidungs- und Sorgerechtsverfahrens und danach eine liebevolle Beziehung zu beiden geeigneten Elternteilen zu pflegen. Gleichzeitig wird das Gericht dabei unterstützt, die Tage und Stunden der Gerichtsverhandlungen und/oder Programme aufrechtzuerhalten, die andernfalls geschlossen werden müssten.

Das erste Verbrechen im Weltraum

Wir hatten unser erstes Verbrechen im Weltraum, und es stand im Zusammenhang mit ... warten Sie ... Scheidung und Sorgerecht. Ein Paar, das sich scheiden lässt, streitet sich um das Sorgerecht. Einer von ihnen ist Astronaut, der andere ein ehemaliger Geheimdienstoffizier der Luftwaffe. Der Astronaut begibt sich für sechs Monate zur Raumstation ins All.

Während seines Aufenthalts im Weltraum hackt sich der Astronaut mit Hilfe von NASA-Computern in das Bankkonto seines Partners und überwacht dessen Einkäufe und Einzahlungen. Der Astronaut gibt diese Informationen dann während seines Aufenthalts im Weltraum an seinen Partner weiter. Der Partner und seine Familie wenden sich mit diesen Informationen an die NASA und die Medien und berufen sich dabei auf ihre Angst um ihre Sicherheit und andere Vorwürfe. Das Büro des Generalinspektors der NASA sollte eine Untersuchung durchführen.

Hier sind einige Kommentare aus den sozialen Medien, die mit Humor auf den Vorfall reagieren. „Reden wir über die Zuständigkeit. Wer unterschreibt den Durchsuchungsbefehl?“ „Wacht auf, niemand ist ins All geflogen.“ „Wir müssen einige Anwälte und Richter ins All schicken, bis diese Angelegenheit geklärt ist. Die sind so hart im Nehmen, dass sie keinen Raumanzug brauchen. Packt es an!“ „Ich sehe schon die Reform des Familienrechts unter der Führung der NASA oder Tesla vor mir.“

Anweisungen zum Skript

Wenn Sie weitere Fragen haben oder eine Kopie dieser Präsentation erhalten möchten, senden Sie mir einfach eine E-Mail an meine Coaching-Adresse DivorceCoachServices@yahoo.com. Die E-Mail-Adresse finden Sie auch auf der Kontaktseite meiner Website CustodyCalculations.com.

Geben Sie in der Betreffzeile „Bitte senden Sie mir das Skript der Shared Parenting Conference“ an. Geben Sie dann Ihren Vor- und Nachnamen im Text der E-Mail an. Bitte geben Sie an, ob Sie Elternteil, Scheidungsfachmann, Journalist usw. sind. Das Skript ist nur 21 Tage lang kostenlos verfügbar.

Um mehr über Sorgerechtsberechnungen, Kalender und Anordnungen sowie unser neues Buch „Falsche Kindesmissbrauchsvorwürfe. Eine Epidemie im Familienrecht. Sind Sie vorbereitet?“ zu erfahren, melden Sie sich für unseren Newsletter an.

Dieses Buch soll unschuldige Eltern schützen, die in einem System gefangen sind, das nicht für den Umgang mit falschen Kindesmissbrauchsvorwürfen und elterlicher Entfremdung gerüstet ist. Für Scheidungsfachleute und Gerichte ist es ein Buch mit bisher nicht in Betracht gezogenen Optionen, die nun genutzt werden können, um die Beziehung zwischen einem Kind und zwei geeigneten Elternteilen zu sichern.

Copyright geschützt 2020. Die Verwendung von PowerPoint-Präsentationen ist unter Angabe der Quelle „Custody Calculations, Calendars & Orders“ gestattet. Bitte senden Sie uns eine E-Mail, wenn Sie darauf verweisen. Vielen Dank.

Catherine MacWillie, CEO

Custody Calculations, Calendars & Orders CustodyCalculations.com

Catherine@CustodyCalculations.com Unternehmen DivorceCoachServices@yahoo.com

Coaching 702-375-9389 Unternehmen

702-675-5120 Coach